

Im Kreislauf der Gewalt

Israels Politik der vollendeten Tatsachen und die Wut eines Volkes ohne Land.

Chronik einer Eskalation

© by Victor Kocher

Mit dem Bau der grossen Sperrmauer im Westjordanland schliesst sich in der Geschichte Israels ein Kreis, der schon über achtzig Jahre zuvor, noch tief im Projektstadium des Judenstaates, angelegt worden war. 1923 räumte der Journalist Zeev Jabotinsky, ein fulminanter Nationalist und ein oppositionelles Mitglied der zionistischen Führung, in einem Zeitungsartikel mit der Illusion von einer raschen Übereinkunft mit den Palästinensern auf. Unter dem Titel „Die eiserne Mauer“ schrieb er: „Jedes einheimische Volk widersteht fremden Siedlern. So werden sich auch die Araber verhalten, solange sie auch nur einen Funken Hoffnung sehen, *Palästina* vor der Verwandlung in das Land Israel zu bewahren. Wir können weder den Arabern in Palästina noch denjenigen ausserhalb irgendeine Belohnung anbieten. Eine gütliche Einigung ist nicht zu erreichen. Die jüdische Besiedlung kann sich mithin nur im Schutze einer Streitmacht entwickeln, die nicht auf Zustimmung der Einheimischen angewiesen ist, sie braucht den Schutz einer eisernen Mauer, welche die Lokalbevölkerung nicht zu durchbrechen vermag.“

Jabotinsky meinte zu den Aussichten auf Frieden: „ Ein vitales Volk wird nur dann in schicksalhaften Fragen nachgeben, wenn es jegliche Hoffnung aufgegeben hat, sich der fremden Siedler zu entledigen.(...) Der einzige Weg, um künftig zu einer friedlichen Regelung zu kommen, ist es, in der Gegenwart jeglichen Versuch einer solchen Regelung zu umgehen.“

Im Mai 2006 sagte der neue israelische Ministerpräsident Ehud Olmert, falls es keine neuen Verhandlungen mit den Palästinensern gebe, werde er in den nächsten Jahren die Grenzen Israels einseitig und endgültig festlegen; die Mauer werde, wo nötig, angepasst. Die drei grossen jüdischen Siedlungsblöcke Maaleh Adumim, Gush Etzion und Ariel würden annektiert und die Bewohner aussenliegender Niederlassungen in die Hauptblöcke umgesiedelt. Olmert wollte sich zunächst mit den USA und den westlichen Freunden darüber absprechen. Diese drangen zwar auf die Rückkehr an den Grünen Tisch, doch Olmert machte Unterredungen und Verhandlungen mit den Palästinensern davon abhängig, dass diese den Terrorismus bekämpfen, sowie „rasch ihre Mentalität ändern und einen Kompromiss akzeptieren“. Da ein Verzicht der Palästinenser auf weitere Teile ihres Landes unwahrscheinlich war und ebenso in Fragen des Widerstandskampfs, der sich für sie ein Stück weit mit dem Terrorismus überschneidet, drängte sich immer mehr die Perspektive einer eigenmächtigen Grenzziehung Israels auf.

Die Mauer hat im strategischen Denken der Israelis andere Methoden abgelöst, welche die Sicherung einer prosperierenden Heimstatt für alle Juden der Welt, eines demokratischen Staats Israel mit einer klaren jüdischen Bevölkerungsmehrheit, nicht mehr garantierten. Das zentrale Problem blieb für Israel die Wahrung der jüdischen Bevölkerungsmehrheit trotz einer als vital notwendig empfundenen territorialen Erweiterung des Staats. Das ungleiche demografische Wachstum auf jüdischer und arabischer Seite unterstrich immer deutlicher die Notwendigkeit einer Trennung zwischen den beiden Völkern und mithin einer Klärung der israelischen Ansprüche auf den verbliebenen Rest des ehemaligen Palästina. Die Palästinenser klammerten sich angesichts ihrer militärischen Unterlegenheit für Generationen an den Glauben, dass man im Zeitalter des verbrieften Völkerrechts ein ganzes Volk nicht für immer seines Anrechts auf Selbstbestimmung und Eigenstaatlichkeit berauben könne. Doch indem Ministerpräsident Scharon 2004 seinen einseitigen Rückzugsplan für Gaza vorlegte und die Palästinenser ganz einfach durch eine riesige Mauer aussperrte, widersetzte er sich der arabischen Strategie des Ausharrens. Dass die Palästinenser ausgerechnet in dem Moment die islamische Widerstandsbewegung Hamas mit ihrem international geächteten Programm des bewaffneten Kampfs in ihre Autonomieregierung wählten, sicherte den Israelis auf absehbare Zeit den nötigen internationalen Flankenschutz für ihr eigenmächtiges Handeln.

Im israelischen Unabhängigkeitskrieg von 1948, den die Araber als Nakba, Katastrophe, bezeichnen, stand bereits die Schaffung eines Lebensraums, möglichst ohne Palästinenser, für eine jüdische Mehrheitsbevölkerung im Vordergrund. Diese Sichtweise haben in Israel seit der Öffnung der Staatsarchive im Jahr 1978 die sogenannten Neuen Historiker untermauert. Zu diesen zählen Forscher wie Benny Morris (*The Birth of the Palestinian Refugee Problem 1947 -1949*), Ilan Pappé (*The Making of the Arab-Israeli Conflict*) und Avis Shlaim (*The Iron Wall*), die den Gründermythos von der Reinheit der israelischen Waffen widerlegten, wonach Juden und Israelis immer nur in reiner

Selbstverteidigung gehandelt hätten: die jüdische Minderheit war 1947 mitnichten von Ausrottung durch die Araber bedroht, vielmehr zerschlug eine in Mannschaft und Ausrüstung überlegene jüdische Streitmacht die uneinigen und schlecht koordinierten arabischen Armeen und Freischärlertruppen; die palästinensischen Bewohner des ehemaligen Mandatsgebiets verliessen nicht freiwillig und auf Geheiss der eigenen Führerschaft ihr Land, sondern die jüdischen Milizen vertrieben sie mittels gezielter Repressionen. Etwa 750 000 Palästinenser mussten in die arabischen Nachbarländer, vor allem den Gazastreifen, Jordanien, Libanon und Syrien fliehen. Was im Frühjahr 1949 zurückblieb, war eine Minderheit von hunderttausend Palästinensern im ehemals eigenem Land. Die Israelis hatten 78 % des ehemaligen britischen Mandatsgebietes erobert, deutlich mehr als die ihnen zustehenden 57,47 % nach Massgabe des UNO-Teilungsplans von 1947. Einen Krieg und zwanzig Jahre später, im Jahre 1967, anerkannte der UNO-Sicherheitsrat diesen erweiterten Umfang Israels in Resolution 242. Mithin war also das Ziel des Judenstaats schon 1948 auf Anhieb erreicht worden. Und die Unterlegenen, die Palästinenser, verliehen Israel in den Grenzen von 1967 völkerrechtliche Legitimität, als sie es 1988, und erneut 1996 und 1998, förmlich anerkannten. Der arabische Friedensplan von 2002 bestätigte das im Namen aller arabischen Staaten.

Doch die Israelis hatten schon im Juni 1967 mit dem Sechstagekrieg, als sie das Westjordanland und den Gazastreifen besetzten, ihrem Projekt nochmals völlig neue Dimensionen verliehen. Damit schufen sie das Problem der palästinensischen Überbevölkerung wieder neu. Im Vordergrund stand zunächst das Streben nach Verbreiterung des teilweise engen Küstenstreifens sowie nach der spirituellen Abrundung des Judenstaates mittels der Eroberung von Ostjerusalem und dem Tempelplatz. Nach dem grossen Sieg gegen alle Nachbarn miteinander lagen Israels Verteidigungslinien hoch oben auf dem Golan und ganz vorne am Jordan und am Suezkanal. Der Schockzustand der Araber nach dieser vernichtenden Niederlage hielt Jahre an, und erst nach dem Jom-Kippur-Krieg 1973, der den Arabern einen Teilsieg am Suezkanal einbrachte, konnten wenigstens die Ägypter eine friedliche Regelung mit Israel finden. Jordanien folgte erst 1994 mit einem Frieden. Doch auch die regionale Vorherrschaft Israels vermochte auf Dauer die demografische Bedrohung nicht zu bannen. „Im Sechstagekrieg geschah ein grosses Wunder“, konstatierte der ehemalige Besiedlungschef der Jewish Agency, Joseph Weitz, am 29. September 1967 in der Zeitung <Davar>, „wir erzielten einen gewaltigen Territorialgewinn, aber die meisten Bewohner der befreiten Gebiete wichen nicht von ihrem Land – das könnte die Grundlagen unseres Staates zerstören.“ Dabei waren auch während dieses Krieges noch über zweihunderttausend Palästinenser geflohen, die meisten vom Jordan-Westufer nach Jordanien. Das Land brachten die Israelis über die Jahre weitgehend in ihren Besitz: die Verhältnisse von vor dem 48er Krieg – jüdische Institutionen und Private besaßen damals lediglich 7 Prozent des Bodens von Palästina, der Rest lag in arabischen Händen –verkehrten sich bis zum Ende des Jahrtausends fast völlig, und das unter Einbezug von Gaza und dem Westjordanland. Doch die Überschlagsrechnungen der Demografen ergaben, dass im israelischen Kernland und in den besetzten Gebieten zusammen die Palästinenser etwa im Jahr 2012 ebenso zahlreich würden wie die Juden, und bis 2025 hätten sie die Mehrheit. Das grosse Dilemma Israels blieb unverändert: die strategische Sicherheit des Staates erforderte die Beibehaltung möglichst vieler Territorien, doch das Prinzip einer soliden, jüdischen Mehrheit verbot jegliche demokratische Aufnahme der dort ansässigen palästinensischen Bevölkerung. Alle denkbaren Methoden zur Marginalisierung dieser arabischen Minderheiten standen im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Prinzipien, deren Einhaltung Israel die vitale Patenschaft Amerikas und Europas sicherte: Falls Israel ganz Cisjordanien und Gaza ohne Erteilung der vollen israelischen Staatsbürgerschaft an die Palästinenser annektiert hätte, so hätte es ein geächtetes Apartheid-Regime wie in Südafrika reproduziert; eine gewaltsame Vertreibung der Palästinenser nach Jordanien musste einen politischen Aufstand der westlichen Verbündeten heraufbeschwören und die Annexion von strategischen Teilen der Territorien unter langsamer Abschiebung möglichst vieler arabischer Bewohner hätte weder die Zustimmung der Palästinenser noch der Jordanier und Ägypter gefunden, welche durch die Übernahme von Mitverantwortung eine einigermaßen stabile Nachfolgeregelung hätten unterstützen müssen. Deshalb blieb es bis zum Jahre 2005 beim Status quo der israelischen Besetzung.

Doch diese Besetzung entwickelte ihre Eigendynamik. Die politische Auseinandersetzung darüber, ob Israel sich die eroberten Gebiete aneignen könne, fand nur international einen schnellen Abschluss: jene Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates vom November 1967 hielt fest, dass durch Waffengewalt keinerlei Territorien erworben werden könnten und dass Israel aus den besetzten Gebieten – unter geringfügigen Korrekturen an der Waffenstillstandslinie- abziehen

habe; im Tausch dafür stehe ihm ein Frieden mit den arabischen Nachbarn zu. Innerhalb der jüdischen Gemeinschaft konnte der Streit über die Territorien jedoch bis heute nicht entschieden werden, die Vorkämpfer des Traums von Grossisrael legten sich so ungehemmt ins Zeug wie auf der anderen Seite die Anhänger eines Rückzugs. Die Jahre bis zum ersten Palästinenseraufstand von 1987 stellten die aufeinander folgenden Regierungen ins Zeichen der offenen Grenzen, der Abschaffung aller Merkmale der Linien von 1967 und des wirtschaftlichen Anschlusses. Besonders als 1979 im Frieden von Camp David mit Ägypten die Rückgabe der Sinai-Halbinsel vereinbart war, glaubten viele Israelis, damit sei der Resolution 242 Genüge getan und Gaza, das Westjordanland und der syrische Golan gehörten nun endgültig zum Lande Israel.

Bis zum Jahr 1977 hatten sich im besetzten Gebiet westlich des Jordans rund 3000 jüdische Siedler niedergelassen. Die Regierungen der Arbeitspartei besiedelten in der Zeit vor allem Ostjerusalem, das schon 1967 faktisch annektiert worden war, den syrischen Golan und wenig bewohnte Partien des Jordan-Westufers. Kurz nach dem Gipfel von Camp David, im Oktober 1978, veröffentlichte dann die Siedlerbewegung einen Masterplan, nach ihrem Autor Drobles-Plan genannt, der für die nächsten fünf Jahre die Erweiterung bestehender Niederlassungen um 11 000 Familien vorsah und überdies den Bau von 46 neuen Siedlungen mit 16 000 Familien. Das Dokument war nicht etwa ein Wunschtraum einer Randgruppe von Extremisten, sondern es wurde von der zionistischen Weltorganisation als eine Leitlinie ihrer weltweiten Unterstützung für Israel herausgegeben. Zwei Jahre später setzte Drobles in einem revidierten Plan das Ziel für 1985 bereits bei 60 bis 75 Siedlungen mit 120 000 bis 150 000 jüdischen Bewohnern. Drobles rechnete mit der Erweiterung Israels auf Kosten des Westjordanlandes und wollte einen Gürtel von 5-10 km Breite entlang der Waffenstillstandslinie von 1967 sowie in der Jordan-Senke annektieren. In seinem zweiten Plan schrieb er: „Im Lichte der laufenden Verhandlungen über die Zukunft von Judäa und Samaria (Das heisst des Westjordanlandes) müssen wir uns auf einen Wettlauf mit der Zeit einlassen...Wir haben heute mit praktischen Taten zu unterstreichen, dass sich das Prinzip der Autonomie nicht auf die Gebiete anwendet, sondern einzig auf deren arabische Bewohner. Dazu müssen wir vor allem vollendete Tatsachen schaffen... Es darf auch nicht der Schatten eines Zweifels an unserer Absicht bleiben, die Gebieten von Judäa und Samaria für immer zu behalten.“

Die Regierung Israels, die ihre eigene Siedlungspolitik unter anderem im Ostteil der Hauptstadt systematisch vorantrieb, erhob die Siedlerorganisationen nie zu staatlichen Organen, liess sich aber häufig in ihren eigenen Expansionsplänen von ihnen beeinflussen, auch wenn deren Extremforderungen der offiziellen Linie widersprachen. Ein Beispiel dafür ist das zähe Ringen mit dem extremistischen Siedleraktivisten Mosche Levinger, der 1972 in Hebron nach einem vierjährigen Sit-in, zunächst in einem Hotel, dann in einem Armeelager, die Anerkennung eines neuen Siedlungsprojekts unter dem Namen Kiriat Arbaa erzwang.

1981 schrieb die Koalitionsregierung unter dem Likud-Führer Begin bei ihrem Antritt fest, dass sie den Plan einer fünfjährigen Autonomieperiode für die Palästinenser zwar annehme, so wie er im ägyptisch-israelischen Frieden stand. Doch für das Ende dieser Periode kündigte sie vorsorglich ihren Anspruch der vollen israelischen Souveränität über das ganze Westjordanland und den Gazastreifen an.

In dieser Regierung war General Ariel Scharon Minister für Landwirtschaft, und er präsierte ein Ministerkomitee zur Förderung der jüdischen Besiedlung. Die sichtbarste Triebkraft der Siedlerexpansion war der Gush Emunim, der „Block der Gläubigen“, eine 1974 aus der Nationalreligiösen Partei herausgewachsenen Bewegung, die sich bis zu den achtziger Jahren bedeutende Finanzmittel und ein Fussvolk schlagkräftiger Aktivisten sicherte. Ihre Ideologie erachtet die Besiedlung als integralen Teil des jüdischen Erlösungsprozesses, mithin befördert der aktive Bau immer neuer Siedlungen die Ankunft des Messias. Die Inbesitznahme des Landes der Bibel entspricht göttlichen Befehl. Die regionale Ausdehnung dieses Eretz Israel (hebräisch „Land Israel“) ist schon im Alten Testament unterschiedlich umschrieben. Im Buch der Richter und der Könige heisst es, das Land Israel erstreckte sich von Dan, dem heutigen ‚Pfannenstiel‘ in Nordisrael, bis in die Gegend von Beersheba, doch im 1. Buch Mose 15.18 steht das oft zitierte göttliche Landversprechen an Abraham „von dem Wasser Ägyptens bis zum grossen Wasser Euphrat“. Scharon hat in seinen vielen Jahren als Minister eine umfassende, freilich auch besitzergreifende Infrastruktur im Westjordanland aufgebaut, ein grosszügiges Netz strategischer Autobahnen, die das Land in verschiedene Sektoren aufteilen und den wichtigsten jüdischen Siedlungen direkten, schnellen und von Palästinensern unbehinderten Zugang zum israelischen Kernland bieten. So schufen Siedlerbewegung und Regierung miteinander jenes „untrennbare Bevölkerungsgemisch“ in

den besetzten Gebieten, das später Scharon selbst als Gefahr für den jüdischen Charakter Israels erkannte.

Ende 1987 brach der erste Aufstand der Palästinenser, die Intifada, aus. Die israelische Militärverwaltung kontrollierte damals durch ein umfassendes System der Bewilligungen fast jeden Aspekt des palästinensischen Alltags, und rund eine Viertelmillion Palästinenser arbeiteten in Israel. Die Intifada war ursprünglich ein spontaner, unbewaffneter Protest gegen die Besetzer so gut wie gegen die unnütze Palästinenserführung: Yassir Arafats PLO-Spitze im tunesischen Exil und eine Handvoll durch die Israelis geknebelte Notablen in Gaza und dem Westjordanland.

Als erste zogen sich 1988 die Jordanier aus dem Westjordanland zurück, das sie seit 1948 als Teil ihres Territoriums beansprucht und mit ihren Verwaltungsstrukturen überzogen hatten. Jordanische Staatsdienste wie Schulen und Spitäler hatten auch nach 1967 mit Zustimmung der israelischen Besetzer weiter funktioniert, nun aber stiess das Königreich sie ab. Damit überliess Jordanien das Westufer den Palästinensern und anerkannte implizit die PLO als wahre Besitzerin im Fall einer Befreiung. 1991 lenkten dann die Amerikaner nach dem Kuwaitkrieg ein und anerkannten, dass die Palästinenser nationale Rechte hätten und diese verwirklichen dürften. Unter dem Druck ihrer arabischen Bündnispartner aus dem Krieg veranstaltete Amerika die Madrider Nahost-Friedenskonferenz. Die Palästinenser der besetzten Gebiete trotzten dann so lange den israelischen Sperrmanövern gegen eine Teilnahme der PLO an den bilateralen Friedensverhandlungen, bis der damalige Ministerpräsident Rabin 1993 schliesslich nachgab. Rabin anerkannte die bis anhin verpönte PLO als Verhandlungspartnerin, doch dafür musste der PLO-Chef Arafat förmlich Israels Existenzrecht akzeptieren und auf jede Gewaltanwendung verzichten.

Das war der Beginn des Osloer Friedensprozesses, der für eine Übergangsphase die palästinensische Autonomieverwaltung begründete. Nach einer fünfjährigen Bewährungsfrist der Selbstverantwortung und Sicherheitspartnerschaft sollte das Unternehmen nach Massgabe des Völkerrechts und nach den Vorstellungen der Araber in einem souveränen Palästinenserstaat im ganzen Westjordanland und Gaza mit der Hauptstadt Al-Kuds / Ostjerusalem gipfeln. Doch schon 1994 geriet dieser Prozess ins Wanken. Das Massaker eines jüdischen Siedlers in der Ibrahim-Moschee von Hebron löste bewaffnete Widerstandsaktionen von Seiten der Palästinenser aus, die in einer ersten Terrorkampagne mit Selbstmordattentaten in Israels Städten gipfelten. Ende 1998 verweigerte Ministerpräsident Netanyahu die vertraglich vereinbarte Übergabe weiterer Teile des Westufers an die Palästinenser und stellte stattdessen neue Sicherheitsanforderungen.

Der zweite Aufstand, die Aksa-Intifada, war die Reaktion. Damit hatte dieser Annäherungsprozess ein Ende.

Diplomatische Lösungsversuche unter politischem Hochdruck konnten das Fiasko nicht verhindern. Zuerst wollte Ministerpräsident Barak im Sommer 2000 an der zweiwöchigen Gipfelklausur von Camp David mit Hilfe des US-Präsidenten Clinton dem palästinensischen Vorsitzenden Arafat eine Erklärung über die endgültige Regelung des Nahostkonflikts abringen. Im Gegenzug bot er ihm wechselnde Entwürfe für einen territorialen Ausgleich an. Die Israeli forderten für seinen Staat die Annexion von gegen zehn Prozent des Westjordanlandes und wesentlicher Teile Ostjerusalems, dafür wollte er geringere Flächen von abgelegenen israelischem Territorium abtreten. Clinton legte dann vor Weihnachten seine eigenen Überbrückungsvorschläge auf den Tisch, welche die grossen Siedlungsblöcke im Westjordanland sowie die jüdisch besiedelten Teile Ostjerusalems den Israelis zuhielten, den grössten Teil aber den Palästinensern. Am Jahreswechsel 2000/2001 besserten die israelischen und palästinensischen Unterhändler in Taba das Paket noch etwas auf, so dass schliesslich von einer Rückgabe von 97 % der besetzten Gebiete, aber nicht von ganz Ostjerusalem die Rede war. Als Arafat noch immer nicht einlenkte, brach Barak die Prozedur mit Blick auf die kurz bevorstehenden Wahlen ab.

Als der Likudführer Scharon dann im März 2001 die Wahlen gewann und Ministerpräsident einer rechtsnationalen Regierung wurde, hatte sich die politische Lage der Palästinenser grundlegend verändert. Die jüdischen Siedlungen hatten nicht nur der Bedrohung durch den Friedensprozess standgehalten, sondern ihre Bewohnerzahl annähernd verdoppelt. Die palästinensische Autonomieverwaltung wies hingegen deutliche Schwächezeichen auf. Nach seinem Machtantritt führte Scharon mit der Begründung, Arafat habe den Terror anstatt des Friedens gewählt, eine völlig neue Ordnung ein, die durch Israels Sicherheitsbedürfnis bestimmt war. Als palästinensischen Terrorismus bezeichnete er jede Form von Widerstand gegen Israel, egal ob es sich um militärische Angriffe auf Soldaten der Besetzerarmee, Feuerüberfälle auf bewaffnete jüdische Siedler in den besetzten Gebieten, Steinwürfe auf vorbeifahrende israelische Autos oder aber um eigentliche

Terroraktionen gegen arglose israelische Zivilpersonen im Kernland des jüdischen Staats handelte. Dem israelischen Volk versprach er uneingeschränkte Sicherheit durch eine Politik der Nulltoleranz gegenüber palästinensischer Gewalt. Dann machte er jede politische Zusammenarbeit mit den Autonomiebehörden davon abhängig, dass diese zuerst sämtliche illegalen Kampftruppen und Militanten entwaffne und jegliche Gewaltanwendung unterdrücke. Mit diesem „Terrorveto“ fegte er den Verhandlungsprozess vom Tisch und setzte dafür die Eigenmächtigkeit des seiner Ansicht nach vom Untergang bedrohten jüdischen Staates durch. Zugleich rechtfertigte er damit einen Zerstörungsfeldzug gegen die Autonomiegebiete und deren Behörden. Noch im Frühjahr 2001 begann die israelische Armee mit der Wiedereroberung einer palästinensischen Stadt nach der anderen, wobei die Truppen nicht nur Freischärlermilizen zerschlugen, sondern auch die offiziellen Sicherheitskräfte mitsamt ihren Kasernen und ihrem Wagenpark und ebenso zahllose Verwaltungszweige der palästinensischen Ministerien. Kurz darauf war der Autonomiechef Arafat ein Gefangener in seinem eigenen Amtssitz in Ramallah, und die palästinensischen Behörden waren mehr oder weniger auf die Verwaltung der Schulen und Spitäler reduziert. Im September 2001 kam Scharon der Schock des Terroranschlags gegen die USA zu Hilfe. Von Stund an hatte auch für die Amerikaner jede Massnahme der Terrorbekämpfung höchste Priorität, und damit entfiel die westliche Kritik an der Zerschlagung des palästinensischen Gemeinwesens.

Auch Präsident Bushs Road Map für den Nahostfrieden, worin auch das offizielle Bekenntnis der US-Regierung zum Recht der Palästinenser auf Eigenstaatlichkeit untergebracht war, verlangte für die Vorbereitungsphase einen Gewaltverzicht der Palästinenser; damit konnte Scharon die Road Map als Druckinstrument seines eigenen Antiterror-Kriegs gegen die Palästinenser nutzen.

Doch nun folgte die Stunde der Wahrheit für den grossen Siedlungsbauer. Die israelische Rechte hatte während des Jahrzehnts des Friedensprozesses ihren Anspruch auf Gaza und das Westjordanland nicht aufgegeben.. Die Zahl der jüdischen Siedler in diesen Gebieten war von 76 000 im Jahr 1990 auf 213.000 zur Jahrtausendwende angestiegen, dazu kamen 170 000 weitere jüdische Bewohner im Ostteil Jerusalems. Scharon stiess an die Grenzen des Machbaren. Zwar konnte man die palästinensische Verwaltung zerschlagen, die Sicherheitskräfte entwaffnen und die ganze Gesellschaft zutiefst erschüttern, aber die Eigenständigkeit des palästinensischen Volkes war nicht mehr von der weltpolitischen Karte zu radieren. So lenkte Scharon ein und erklärte die israelische Selbstbeschränkung und die einseitige ‚Entflechtung‘ von jüdischen Siedlern und Palästinensern, die mit dem Abzug aus dem Gazastreifen beginnen sollte. Eine kritische Überprüfung der jüdischen Besiedlung jenes Streifens ergab, wie Scharon selbst einräumte, dass im Wettlauf mit den gut 1,3 Millionen palästinensischen Bewohnern niemals eine Möglichkeit zum Aufbau einer jüdischen Mehrheit bestand. Gegenüber den USA stellte Scharon die Aufgabe Gazas als einen mutigen Schritt zur Schaffung neuer Realitäten dar. Bush lohne es ihm im April 2004 mit einer epochemachenden Zusicherung: Amerika verpflichtete sich, künftig Israel nicht mehr ans Richtmass der Waffenstillstandslinien von 1967 zu halten, vielmehr gestand der Präsident ihm die Respektierung vollendeter jüdischer Bevölkerungstatsachen zu, also die künftige Annexion der grossen Siedlungsblöcke im Westjordanland.

Damit die Entflechtung den Israelis auch endlich die versprochene Sicherheit brachte, war eine räumliche Trennung zwischen Juden und Palästinensern vonnöten. So nahmen Scharon und sein Intimus Olmert den Gedanken einer Sperrmauer wieder auf, mit dem schon ihre Vorgänger einige Erfahrungen gemacht haben. Ein erster durchgehender Zaun, der das Einsickern von Terroristen ins israelische Kernland verhindert, war schon 1994 bis 1996 rund um den Gazastreifen gezogen worden. Dieses Vorhaben war überschaubar, weil die Landgrenzen des Streifens nur rund 80 Kilometer messen, nach Angaben der Militärs nahmen die Terroraktionen deutlich ab. Deshalb gab Ministerpräsident Rabin 1995 eine Studie über einen Zaun in Cisjordanien in Auftrag, doch wurde das Vorhaben wegen der massiven Kosten abgelehnt. Barak brachte dann im Herbst 2000 wieder ein Zaun-Teilstück für die Nordweststrecke von Cisjordanien auf. Scharon veranlasste im Sommer 2001 schliesslich die konkrete Planung für eine über 650 km lange Mauer entlang der ganzen Ostflanke Israels, und ein Jahr später begann der Bau am Nordende in der Gegend von Jenin. Die ganze politische Kaste und auch Israels höchster Gerichtshof hielten sich streng an die getroffene Sprachregelung für das Mehrzweck-Bauwerk; man sprach von einer temporären und einzig der Sicherheit dienenden Massnahme, obwohl die Mauer weithin nicht auf der Waffenstillstandslinie von 1967 verlief, sondern de facto mindestens 10 % von Cisjordanien mitsamt 50 000 palästinensischen Bewohnern zu Israel schlug. Es klang angesichts der traditionell erbitterten Spardebatten in der Knesset auch wenig pausibel, dass Israel sich eine solche Ausgabe von 1 bis 3 Millionen Dollar pro

Lauf-km à fonds perdu leisten könne. Und als schliesslich Scharons Nachfolger Olmert von der Konzentration der jüdischen Cisjordanien-Siedler in den grossen Blöcken und einer einseitigen Grenzziehung zu reden begann, spielte er ganz selbstverständlich auf die Mauer als Mass für eine bereits bestehende Grenze an, die allenfalls streckenweise west- oder ostwärts korrigiert werde. Wenn Jabotinsky mit seiner eisernen Mauer recht hat, so zeigt die freilich neue Sperrmauer in Cisjordanien an, dass der Nahost-Frieden auch weiterhin auf sich warten lässt.

* * * * *